

1 **Antrag Nr. 1**

2  
3 Schluss mit der demokratiefeindlichen Unterfinanzierung kommunaler Haushalt:  
4 **Start mit einer umfassenden Finanzreform zu Gunsten der Landkreise und**  
5 **Kommunen!**

6  
7 Die Landesvertreterversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU  
8 Niedersachsen fordert die rot-grüne Landesregierung auf,

9  
10 **unverzüglich eine grundlegende Reform der Kommunalfinanzen einzuleiten, um**  
11 **die dramatische finanzielle Schieflage der niedersächsischen Kommunen zu**  
12 **beenden und die Handlungsfähigkeit der Städte, Gemeinden und Landkreise**  
13 **nachhaltig zu sichern.**

14  
15 Begründung:

16 Die kommunale Finanzlage in Niedersachsen ist alarmierend. Trotz steigender  
17 Aufgabenlasten – insbesondere durch Sozialausgaben, Kinderbetreuungskosten,  
18 Krankenhausinvestitionen, Infrastrukturmaßnahmen und die Umsetzung landes- und  
19 bundespolitischer Vorgaben – werden die Landkreise und Kommunen finanziell  
20 zunehmend ausgehöhlt. Die aktuelle Verteilung der Finanzmittel zwischen Land und  
21 Kommunen ist weder gerecht noch ausreichend, um den Kommunen und Landkreise  
22 eine eigenständige Gestaltungshoheit zu ermöglichen.

23  
24 Die derzeitige Finanzausstattung widerspricht dem Artikel 28 Absatz 2 des  
25 Grundgesetzes und dem Artikel 57 Absatz 4 der Niedersächsischen  
26 Landesverfassung.

27  
28 Insbesondere zeigen sich folgende gravierende Finanzierungslücken:

- 29  
30 1. Unterfinanzierung bei Sozialleistungen: Kommunen tragen einen erheblichen  
31 Anteil an Kosten für Sozialhilfe, Unterkunftskosten und Eingliederungshilfen,  
32 ohne dass das Land eine adäquate Refinanzierung sicherstellt.  
33 2. Investitionen im Krankenhausbereich: Die Mittel für die notwendigen  
34 Finanzierung im Krankenhausbereiche (Geräte und Gebäudeausstattung) sind  
35 Sache des Landes. Die Landkreise werden damit allein gelassen, was eine  
36 rapide Verschlechterung der Gesundheitsversorgung zur Folge hat.  
37 3. Investitionsstau in der Infrastruktur: Straßen, Brücken und öffentliche Gebäude  
38 befinden sich in einem besorgniserregenden Zustand, da notwendige  
39 Investitionen ausbleiben.  
40 4. Fehlende Finanzierung für Bildung und Betreuung: Der Ausbau und Betrieb von  
41 Kitas und Ganztagschulen wird von den Kommunen gestemmt, obwohl die  
42 Mittelzuweisung durch das Land unzureichend ist. Der versprochene  
43 kostenlose Kindergartenplatz geht allein zu Lasten der Kommunen.  
44 5. Kostensteigerungen durch neue Gesetze und Verordnungen: Die  
45 Landesregierung überträgt den Kommunen immer neue Aufgaben, ohne für  
46 eine angemessene Gegenfinanzierung zu sorgen („Konnexitätsprinzip“ wird  
47 ignoriert).  
48 6. Fehlende Beteiligung an Steuermehreinnahmen: Trotz sprudelnder  
49 Steuereinnahmen des Landes erhalten Kommunen keinen ausreichenden  
50 Anteil an den Mehreinnahmen, um eigene Gestaltungsspielräume zu sichern.  
51

52 Wir fordern:

53

54 Die KPV Niedersachsen fordert die Landesregierung daher auf, umgehend eine  
55 grundlegende Kommunalfinanzreform auf den Weg zu bringen, die folgende  
56 Maßnahmen umfasst:

57

- 58 1. Zunächst benötigen wir sehr kurzfristig ein Moratorium der  
59 Aufgabenübertragung auf unsere Kommunen.
- 60 2. Einhaltung des Konnexitätsprinzips, sodass neue Aufgaben nur mit  
61 vollständiger finanzieller Ausstattung übertragen werden.
- 62 3. Ausgleich der strukturellen Finanzlücken durch eine deutliche Erhöhung der  
63 kommunalen Finanzausweisungen und eine gerechtere Verteilung der  
64 Steuereinnahmen.
- 65 4. Einführung eines fairen Finanzausgleichsmodells, das die tatsächlichen  
66 Bedarfe der Kommunen berücksichtigt und eine verlässliche Finanzierung  
67 sicherstellt.
- 68 5. Stärkung der kommunalen Steuerautonomie, um den Städten, Gemeinden und  
69 Landkreisen mehr eigene Einnahmequellen zu ermöglichen.
- 70 6. Erhöhung der Investitionsmittel für die Sanierung und den Ausbau der  
71 kommunalen Infrastruktur, insbesondere für Straßen, Brücken,  
72 Bildungseinrichtungen und Digitalisierung.
- 73 7. Übernahme der Kosten für gesetzliche Verpflichtungen, wie der  
74 Krankenhausfinanzierung.

75

76 Die Kommunen sind das Fundament einer funktionierenden Demokratie und  
77 Daseinsvorsorge. Eine fortgesetzte finanzielle Aushöhlung führt unweigerlich zu  
78 Leistungskürzungen, Steuererhöhungen oder kommunalen Insolvenzen. Die rot-grüne  
79 Landesregierung muss endlich Verantwortung übernehmen, statt die kommunale  
80 Selbstverwaltung weiter auszuhöhlen! Ein weiter so fördert die demokratiefeindlichen  
81 Kräfte, deswegen ist eine Änderung unabdingbar.

82

83 Die KPV Niedersachsen fordert die CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag auf,  
84 diese Forderungen mit Nachdruck in das Parlament einzubringen und eine breite  
85 öffentliche Debatte über die dringend notwendige Kommunalfinanzreform zu initiieren,  
86 die deutlich macht was auf dem Spiel steht.